

Dr. Inge Gräßle (EVP-ED/CDU) und Borut Pahor (SD/PES):

"EU muss ihr Haushaltsrecht gründlich reformieren"
Europäisches Parlament drückt der Reform der Haushaltsordnung seinen
Stempel auf

Für eine tiefgreifende Überarbeitung der Haushaltsordnung der Europäischen Union sprachen sich die beiden Berichterstatter des Haushaltsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle (EVP-ED) und Borut Pahor (PES) aus. "Die Haushaltsordnung ist zu schwerfällig, zu umständlich, zu teuer: Sie macht aus der EU einen bürokratischen Moloch, der den Zugang zu Fördergeld unnötig erschwert", sind sich die beiden Berichterstatter einig. "Täglich verbrennt die EU über teure Antragsverfahren Gelder aller Organisationen, die sich für Zuschüsse bewerben". Sie verweisen darauf, dass meist 2/3 der Anträge oder noch mehr abgelehnt werden; bei Antragskosten von mehreren tausend Euro würde den europäischen Organisationen beträchtliche Gelder entzogen. Die beiden Berichterstatter legten deshalb einen gemeinsamen Bericht mit insgesamt 118 Änderungsvorschlägen des Kommissionsentwurf vor, in denen vor allem die Zuschussvergabe neu geregelt werden soll. Die jetzige Haushaltsordnung ist 3 Jahre alt und wesentlich von den Finanzskandalen der Santer-Kommission geprägt.

"Es gibt keinen anderen Gesetzestext, der für die Kommission und die anderen Institutionen von ähnlicher Bedeutung ist, wie die Haushaltsordnung: 40% der Kommissionsbeschäftigten und der anderen Institutionen arbeiten mit ihr", so die Berichterstatter. Sie kritisieren, dass aus der Haushaltsordnung ein in sich widersprüchliches, umfangreiches und kompliziertes Haushaltsanwendungsrecht mit Durchführungsbestimmungen und Handbüchern entstand, denen jede Generaldirektion noch ihre eigenen schriftlichen Regeln beifügte. Die Reformvorschläge sollen deshalb nun insbesondere die EU-Verwaltung besser auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Unternehmen einstellen, die mit der EU zu tun haben; sei es als Förderantragsteller, Lieferanten oder Erbringer von Dienstleistungen. Dabei richtet sich der Vorschlag der Berichterstatter schwerpunktmäßig an drei Leitlinien aus: Verringerung der Verfahrensdauer und -kosten, Verbesserung der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit bei Fördervergaben sowie Erhöhung der Effizienz von Kontrollen und mehr Transparenz.

Verschiedene Einzelmaßnahmen sollen ferner dazu beitragen, der Öffentlichkeit den Zugang zu Europas Ämtern zu erleichtern: Förderanträge sollen vereinheitlicht und ein gemeinsamer Ansprechpartner geschaffen werden. Bereits ab dem Beginn des Förderverfahrens sollen Antragsteller möglichst verbindlich ihre Erfolgschancen beurteilen können und - um Aufwand zu vermeiden - erst dann zu aufwändigen Dokumentationen herangezogen werden, wenn ihr Antrag nach einer überschlägigen Prüfung überhaupt Aussicht auf Erfolg hat. Die Verwaltung soll nach dem Wunsch der Berichterstatter die modernen Kommunikationsmethoden besser nutzen. Durch den Einsatz von Datenbanken soll Antragstellern und Bietern ermöglicht werden, ihre Unterlagen nur einmal einzureichen und sie dann nur noch bei Änderungen aktualisieren zu müssen.

Auch bei der Ausschreibung von Verträgen sollen die Verwaltungskosten zum Vertragswert ins Verhältnis gesetzt werden. Kleine und mittlere Unternehmungen sollen durch die Aufgliederung von Aufträgen in Teil- und Fachlose bessere

Teilnahmemöglichkeiten an Ausschreibungen erhalten, eine übermäßig lange Bindung der Verwaltung durch Langzeitverträge dagegen vermieden werden. Künftig sollen erfolglose Antragsteller auch die Möglichkeit einer schnellen Überprüfung durch eine unabhängige Stelle haben. Damit das Geld des europäischen Steuerzahlers künftig bestmöglich verwendet wird, ist eine stetige Überprüfung der Rechts- und Sachlage erforderlich. "Das Parlament will als informierter Partner der Kommission handeln. Wir fordern deshalb auch Berichtspflichten über Verfahrensziffern, -dauern und -abläufe", so die Berichterstatter.

Die Reform der Haushaltsordnung greift tief in das bestehende Gesetzeswerk ein. Die Reformvorschläge von Kommission und Parlament betreffen 122 der derzeit 187 bestehenden Artikel. "Letztlich müssen wir uns allerdings eingestehen, dass das Parlament nur gehört wird, für den Erlass der Haushaltsordnung sind die Mitgliedsstaaten im Rat letzten Endes selber verantwortlich", so die beiden Berichterstatter abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868